

o6 | Für eine patriotische Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik



Die Wirtschaft unseres Freistaats ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen. Sie sind es, die mit ihren Mitarbeitern und ihrem Einsatz das Wohlergehen unseres Landes sicherstellen. Sie bieten eine wirtschaftliche Perspektive für den Freistaat, leisten einen erheblichen Teil des Thüringer Steueraufkommens und ermöglichen unseren Sozialstaat. Diese kleinen und mittleren Thüringer Unternehmen haben wir mit unserer Wirtschaftspolitik vor allem im Blick. Eine Bevorzugung von Großkonzernen lehnen wir ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, unabhängig von der Branche. Dies entspricht ganz dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaftspolitik dient zuerst den Menschen und setzt sich darüber hinaus für die Interessen unseres Landes ein.

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft.

Eine Wirtschaft für die Menschen

Der Gedanke, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern dem Menschen dient, ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht um „Wohlstand für alle“ – einen Wohlstand, der auf Privateigentum, Eigeninitiative und persönlicher Leistung beruht. Dieser Wohlstand darf nach Auffassung der AfD für die Erwerbstätigen weder durch übermäßige Steuerbelastung beschnitten werden noch dadurch, dass abhängig Beschäftigte nicht angemessen entlohnt werden.

Wir setzen uns vor diesem Hintergrund für eine angemessene Bezahlung von Arbeitnehmern ein. Dass gut bezahlte, sichere Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden, muss bereits bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen berücksichtigt werden. Der Freistaat soll seinen Beitrag leisten, um eine Lohnentwicklung entsprechend dem verteilungsneutralen Spielraum zu ermöglichen. Es muss Thüringen endlich gelingen, seinen Status als Niedriglohn-Bundesland zu überwinden.

Thüringen muss den Status als Niedriglohn-Bundesland überwinden.

Eine Willkommenskultur für Unternehmer und Gründer

Der AfD Thüringen geht es um eine Willkommenskultur für Unternehmer und Gründer. Daher wollen wir Unternehmensgründungen und -erweiterungen im größtmöglichen Umfang fördern, unter anderem durch die Bereitstellung günstigen Risikokapitals über einen neu zu gründenden Thüringer Staatsfonds. Diese Mittel sollen auch für Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen bestehender Unternehmen zur Verfügung stehen.

Die AfD will Gründerzentren ausbauen und neue Schulungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen bereitstellen. Dadurch soll die Gründung von Unternehmen erleichtert und gefördert werden. Wir werden Jungunternehmern in hierfür ge-

eigneten Regionen Freiräume schaffen und so dazu beitragen, dass sich eine vitale Start-up-Szene etablieren kann.

Der Mut einer Unternehmensgründung verdient eine besondere Absicherung. Wir werden daher einen Auffangfonds für insolvente Gründer einrichten. Hat eine Unternehmensgründung Erfolg, darf sie nicht durch Bürokratie und Steuern bestraft werden.

Exportchancen stärken

Die Russland-Sanktionen sind endlich aufzuheben.

Wir wollen die Exportchancen unserer Unternehmen fördern. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die schnellstmögliche Beendigung der Russland-Sanktionen ein. Auf diese Weise möchten wir die traditionelle Ostorientierung der Thüringer Wirtschaft zum beiderseitigen Vorteil Thüringens und der osteuropäischen Volkswirtschaften nutzen.

Nachwuchs fördern, Qualität erhalten

Wir setzen uns für die Stärkung der traditionellen Handwerker Ausbildung mit entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Der Abschaffung des Meisterbriefs stellen wir uns auf allen politischen Ebenen entgegen. Die Einführung einer kostenlosen Meisterausbildung werden wir weiterverfolgen.

Wir wollen dazu beitragen, das Nachwuchs- und Nachfolgeproblem bei Handwerkern und Unternehmern zu lösen. Dass die Masseneinwanderung von gering- oder unqualifizierten Ausländern ohne Sprach- und teilweise ohne Schriftkenntnisse dazu keinen Beitrag leisten kann, ist offensichtlich. Eine qualifizierte Zuwanderung, die durch ein Einwanderungsgesetz ermöglicht wird, kann allenfalls einen geringen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Aufgrund des nach wie vor zu niedrigen Lohnniveaus in Thüringen und einer vergleichsweise hohen Steuer- und Abgabenlast werden qualifizierte Fachkräfte eher abgeschreckt, machen einen Bogen um den Freistaat und wandern stattdessen in attraktivere Volkswirtschaften ein. Die AfD setzt daher auf die Nachqualifizierung der in Deutschland lebenden rund zwei Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die über keinen Berufsabschluss verfügen. Zudem kann eine effektive Digitalisierung zur Entspannung der Nachfrage nach Arbeitskräften führen. Durch eine Innovations- und Bildungsinitiative in Thüringen wollen wir die Nachwuchsförderung intensivieren. Langfristig werden wir durch eine kinderfreundliche Familienpolitik dazu beitragen, dass genügend eigene, gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Belastungen durch Ideologie und Bürokratie beenden

Zur Verbesserung der Marktchancen von Thüringer Unternehmen will die AfD ideologisch motivierte Kostenbelastungen beenden. Dazu gehören gesetzliche und

behördliche Zwänge, die mit völlig wirkungslosen „Klimaschutzmaßnahmen“ begründet werden. Wirtschaftliche Belastungen der Thüringer Unternehmen auf der Basis eines Thüringer Klimaschutzgesetzes wird es mit uns nicht geben. Außerdem müssen Unternehmer und Verbraucher von den Kosten der fehlgeschlagenen Energiewende entlastet werden.

Wir stehen zur Beseitigung von Überregulierung, Bürokratisierung und Verwaltungsexzessen.

Wichtig ist uns darüber hinaus der Kampf gegen Bürokratie, ideologische Zwänge und Überregulierung, an deren Einführung die Altparteien oft federführend nicht nur auf nationaler, sondern auch auf EU-Ebene beteiligt sind:

Massive Vereinfachungen und Erleichterungen fordern wir beispielsweise im Zusammenhang mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), beim Thüringer Vergaberecht und beim ausufernden Zertifizierungsunwesen. Wir werden hierzu alle landespolitisch möglichen Maßnahmen umsetzen, die unseren Unternehmen Entlastung verschaffen. Firmen benötigen Planungssicherheit. Anträge an Behörden müssen zügig innerhalb festgelegter Fristen bearbeitet werden. Zudem muss es die Aufgabe der Behörden sein, Unternehmer und Gründer zu beraten und nicht beispielsweise nach „K.O.-Kriterien“ für die Ablehnung von Fördermitteln zu suchen. EU-Regelungen, die wie die DSGVO kleine und mittlere Unternehmen besonders belasten, müssen aufgehoben werden. In diesem Sinne muss Thüringen im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung seinen Einfluss geltend machen. Unternehmen sind von Bürokratie und unsinnigen Mehrbelastungen zu befreien damit sie sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können.

Wir fordern eine innovative Infrastruktur, Senkung von Steuern und Abgaben, sowie die Unterstützung von Thüringer Unternehmen zur Neuorganisation der Industrie und Handelskammern mit dem Ziel der Abschaffung des Zwangsbeitrages.

Wir stehen für Steuer- und Abgabensenkung.

Abschaffen werden wir zudem alle Regelungen, mit denen die aktuelle Landesregierung in die Autonomie von Wirtschaft und Verbrauchern eingreift, indem sie eine bedingungslose Unterordnung unter ideologische Vorstellungen und Werte zu erzwingen versucht. Verpflichtende Quoten oder ideologisch motivierte Zwänge, wie z. B. den Einlasszwang bei Diskotheken, wird es mit der AfD für Unternehmen nicht mehr geben.

Die Thüringer Motorenzuliefererindustrie kann sich darauf verlassen, dass die AfD die verbrennungsmotorfeindliche Politik der Altparteien nicht mitträgt. Wir stehen dafür ein, dass die deutsche Position als Weltmarktführer in diesem Technologie-zweig nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben wird. Wo sich Elektromobilität im Markt bewährt, soll diese sich durchsetzen. Unzweifelhaft ist allerdings, dass eine vom Staat quasi planwirtschaftlich erzwungene umfassende Durchsetzung der Elektromobilität mit einer weitgehenden Zerstörung der weltweit führenden deutschen Automobilindustrie einhergehen und langfristig auch Tausende gut bezahlter Arbeitsplätze vernichten wird. Verbrennungsmotorfeindliche Dieselfahr-

Wir lehnen den Kampf gegen den Verbrennungsmotor und die Durchsetzung der Elektromobilität durch planwirtschaftliche Maßnahmen ab.

verbote, Umweltzonen ohne Mehrwert für den Bürger und klimapolitische Panikmache lehnen wir vor diesem Hintergrund ab!

Wir setzen uns für die Kooperation der Bundeswehr mit der zivilen Wirtschaft ein.

Die Thüringer AfD unterstützt ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf Landesebene. Die Vernetzung der Bundeswehr mit der zivilen Wirtschaft fördert und bereichert Kreise und Kommunen und schafft zudem Arbeitsplätze in Thüringen. Eine Diffamierung der Bundeswehr, wie sie im linksgrünen politischen Spektrum üblich ist, weisen wir mit Entschiedenheit zurück.

Produktion, Produktivität und Lohnentwicklung

Die AfD Thüringen tritt für eine Senkung von Produktionskosten im Freistaat ein. Unter anderem wird die Beendigung der „Energiewende“ die Kosten von Betriebsstoffen wie Strom, Erdgas, Benzin und Dieselmotorkraftstoff absenken, sodass Unternehmen mehr Spielraum für die Zahlung angemessener Löhne und Gehälter erhalten.

Die schlechte Lohnentwicklung belastet abhängig Beschäftigte, Rentner, aber auch binnenmarktorientierte kleine und mittelständische Unternehmen. Rentner haben ein zunehmend schlechtes Versorgungsniveau, Arbeitnehmer schultern die zusätzlichen Lasten der demographischen Entwicklung, und Unternehmen konnten in den vergangenen zwanzig Jahren oft ein nur geringes Wachstum verzeichnen. Gewinner sind exportorientierte Konzerne und die grenzüberschreitende (Finanz-)Wirtschaft.

Die unzureichende Lohnentwicklung und die lückenhafte Besteuerung von Großunternehmen sind eine wesentliche Ursache der Finanzierungsprobleme unseres Sozialstaates. Auch besteht bei höheren Sozialversicherungsbeiträgen und höheren Löhnen kein Grund zur Angst vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit: Die Produktivität an einem Standort gibt in Relation zur Produktivität an anderen Standorten den Maßstab für die wettbewerbsfähigen Gesamtproduktionskosten an diesem Standort vor – wie sich die Gesamtproduktionskosten dann zusammensetzen, ist eine Angelegenheit der kollektiven Präferenzen des jeweiligen Standortes und somit variabel. Mit anderen Worten: An manchen Produktionsstandorten werden höhere Sicherheitsstandards in der Produktion verlangt und somit höhere Kosten für Sicherheit auftreten. Andere Produktionsstandorte wiederum legen möglicherweise weniger Wert auf Sicherheit als auf einen niedrigeren CO₂-Ausstoß, was die Kosten für Energie erhöht. Die kollektiven Präferenzen können aber auch auf einem höheren Lohnkostenanteil an den Gesamtproduktionskosten liegen. Es entscheiden weder die Energiekosten noch die Kosten für Sicherheit und Bürokratie, noch die direkten oder indirekten Lohnkosten für sich genommen über die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes. Entscheidend sind die Gesamtproduktionskosten im Verhältnis zur Standortproduktivität.

Der Mindestlohn als Orientierungsgröße in einem ungünstigen Lohnumfeld

Gesetzlicher Mindestlohn und Soziale Marktwirtschaft widersprechen sich nicht zwingend. Der gesetzliche Mindestlohn korrigiert im Bereich der Entlohnung die schwache Lohnverhandlungsposition der Niedriglohneempfänger. Darüber hinaus garantiert er als verbindliche Lohnuntergrenze den Wert menschlicher Arbeit und gewährleistet eine Existenz jenseits der Armutsgrenze. Die AfD Thüringen ist sich jedoch bewusst, dass der Mindestlohn dauerhaft keine Lösung für sozialpolitische Probleme sein kann. Entscheidend ist eine langfristig gute Lohnentwicklung, um dadurch den Mindestlohn überflüssig zu machen.

Der Mindestlohn muss durch eine gute Lohnentwicklung überflüssig werden.

Wir setzen uns zudem für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Thüringen ein. Entsprechende betriebliche Modelle – wie zum Beispiel „Home Office“-Arbeitsplätze – sollten vom Land noch mehr Unterstützung erfahren.

Digitalisierung

Die Versorgung mit einer modernen Breitbandtechnik befindet sich bundesweit auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. In Thüringen hinkt der Breitbandausbau besonders hinterher. Ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet stellt aber eine unumgängliche Voraussetzung für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Politik muss sich stärker für den Breitbandausbau einsetzen.

Besonders in ländlichen Regionen, in denen Mieten für Gewerberäume günstig sind, mangelt es häufig an einer guten digitalen Infrastruktur. Die Errichtung einer leistungsfähigen Internetversorgung in ländlichen Regionen ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht viel zu langsam voran. Wir setzen uns dafür ein, dass Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, um ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet voranzutreiben. Es sind zudem Synergien zu entwickeln, um die Kosten zu stemmen. Überall dort, wo sich der Ausbau von Glasfasernetzen nicht lohnt, müssen Alternativen Anwendung finden.

Eine flächendeckende leistungsfähige Breitbandversorgung ist darüber hinaus wichtig für den Einsatz moderner Produktionsmittel. Für die weitere technologische und wirtschaftliche Entwicklung ist es unabdingbar, dass die infrastrukturellen Grundlagen hierfür geschaffen werden.